

## Geschäftsbericht 2004

### Konferenzen

Zweimal jährlich wird die Mitgliederversammlung der Städteinitiative durchgeführt, an der sowohl die politische Ebene als auch die Verwaltung teilnehmen. Diese Konferenzen sind gut besucht, was zeigt, dass der Informationsgehalt gross sowie die Möglichkeit des Austauschs für die Mitglieder wichtig sind. Die Frühlingskonferenz fand in Bern und die Herbstkonferenz in Schaffhausen statt.

### Städteinitiative Sozialpolitik diskutiert Möglichkeiten und Grenzen von Anreizsystemen

#### Sozialhilfe: Mit Anreizen zur Arbeit motivieren?

Die Zahl der Personen, die Sozialhilfe beziehen, wächst stetig. Viele Städte versuchen deshalb, Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe beruflich oder sozial zu integrieren. Anreize heisst das Schlüsselwort: Sozialhilfe Beziehende sollen motiviert werden, eine Stelle zu finden oder an einem Beschäftigungsprogramm teilzunehmen; ungenügendes Bemühen wird sanktioniert. Was bewirken solche Bonus- und Malussysteme? Die Städteinitiative Sozialpolitik liess die komplexe Frage – von der Verfassungsebene bis zur praktischen Umsetzung – an der Frühlingskonferenz beleuchten.

#### Anreize zum Arbeiten – und fehlende Arbeitsplätze

Obwohl viele Sozialhilfe Beziehende arbeiten möchten und in aktuellen Sozialhilfeprojekten auch zu Gegenleistungen verpflichtet werden, gelingt der Schritt in den Arbeitsmarkt nur wenigen. Nicht erstaunlich, sind doch viele von ihnen gerade an der ständig steigenden Leistungsorientierung in der Wirtschaft gescheitert. Wer wenig qualifiziert, sozial benachteiligt oder psychisch krank ist oder wegen Betreuungsaufgaben nicht in der Lage ist, flexibel zu arbeiten, hat zudem bei generell zu wenig Arbeitsplätzen die geringsten Chancen. Und an Beschäftigungsprogrammen mit einem bedarfsgerechten Angebot herrscht Mangel.

Präsidium  
Ruedi Meier  
Sozialdirektor, Luzern

Vice-Présidence  
Marie-Thérèse Maradan  
Ledergerber  
Directrice des Affaires  
sociales, Fribourg

**Geschäftsstelle**  
**Stadt Luzern**  
**Sozialdirektion**  
**Beat Däppeler**  
**Hirschengraben 17**  
**6002 Luzern**  
**T 041 208 81 32**  
**F 041 208 87 39**  
**staedteinitiative**  
**@stadtluzern.ch**

**www.**  
**staedteinitiative.ch**

Secrétariat Suisse  
latine  
initiative-villes@  
lausanne.ch

### **Persönliche Hilfe kommt oft zu kurz**

Fachleute aus der Praxis wissen, dass Missbrauch von Sozialhilfe viel seltener vorkommt, als öffentliche Polemiken vermuten liessen. Wenn nur eine Minderheit den Weg von der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt findet, liegt es auch nicht am fehlenden guten Willen. Die Städte wollen deshalb ihr Augenmerk noch vermehrt darauf richten, wie sie zumindest die soziale Integration der Sozialhilfe Beziehenden gewährleisten können, wenn nicht die beruflichen.

Auch dafür gibt es kein Rezept, sondern nur dem individuellen Fall möglichst angemessenes Handeln. Eine professionelle Begleitung der Sozialhilfeklientinnen und -klienten kann im Einzelfall Erfolg haben, wenn sorgfältig abgeklärt ist, dass die Fähigkeiten der Klientin und die Erwartungen des Arbeitgebers zusammenpassen.

Die ebenfalls gesetzlich verankerte persönliche Hilfe kommt aber in der fachpolitischen Debatte wie in der Praxis oft zu kurz – auch wegen zu geringer personeller Ressourcen.

### **Investieren in bessere Rahmenbedingungen: Krippen, Kurse, Tagesstrukturen**

Aber auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen: mehr Krippenplätze, damit Mütter dazuverdienen können; verschiedene Qualifizierungsangebote für Sozialhilfe Beziehende, Kurse und Tagesstrukturen. Dass solche Angebote zunächst Kosten verursachen, macht es heute nicht leicht, sie zu verwirklichen. Dass aber nur ein differenziertes Angebot der Integration dient – und letztlich soziale und finanzielle Folgekosten zu vermindern vermag –, darin sind sich Fachleute einig.

Aber die Sozialhilfe als letztes Netz im sozialen Sicherheitssystem kann nicht Probleme lösen, die weitgehend strukturell bedingt sind. Darum unterstützt die Städteinitiative zum Beispiel die Ergänzungsleistungen für Familien, aber auch Kinder- und Ausbildungszulagen für jedes Kind (Jugendliche und junge Erwachsene). Und sie fordert eine Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ), die auf die komplexen Situationen, in denen sich Sozialhilfeabhängige befinden, frühzeitig mit angemessener Unterstützung eingeht.

## 5. IV-Gesetz-Revision

**Integration statt Rente – dieser Grundsatz soll in der 5. IV-Revision erste Priorität erhalten.**

Die Städteinitiative Sozialpolitik unterstützte die starke Gewichtung der Integration im Rahmen der 5. IV-Revision und begrüsst einen begrifflichen Übergang von der „Invalidenversicherung“ zu einer „**Integrationsversicherung**“.

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat für die Sozialhilfe solche Rahmenbedingungen formuliert. Diese sind auch auf die IV übertragbar, denn bezüglich Integration statt Rente oder Fürsorge sind die Parallelen zwischen IV und Sozialhilfe offensichtlich:

- Aufgrund extremer Fallzunahmen stehen IV und Sozialhilfe unter starkem Kosten-, Legitimations- und Handlungsdruck.
- Die Fallzunahmen in IV und Sozialhilfe sind bedingt durch strukturelle Risiken des wirtschaftlichen und sozialen Wandels – die geforderten Massnahmen setzen indessen in erster Linie beim Individuum an.
- Die Diskussion zur Weiterentwicklung von IV und Sozialhilfe wurde bislang polarisierend geführt – beide Systeme sind mit Missbrauchspolemik konfrontiert.
- Wegen knapper Personalressourcen kommen persönliche Hilfe und aktives Begleiten von Integrationsschritten oft zu kurz.
- Das Subsidiaritätsprinzip verhindert Früherkennung, Prävention und rechtzeitiges Intervenieren.
- Je länger der Renten- bzw. Sozialhilfebezug dauert, desto schlechter stehen die Chancen für eine Integration in den 1. Arbeitsmarkt.
- Bezüglich Organisation und Methoden ist Entwicklungsbedarf anerkannt – sowohl bei der IV wie bei der Sozialhilfe heissen die Stichworte: Früherkennung, Professionalisierung, Kompetenzzentren, Regionalisierung, Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ, Case-management.

Diese Gemeinsamkeiten in der Ausgangslage sprechen dafür, die Fragen zum Thema Integration als Weg aus IV und Sozialhilfe nicht aus der gängigen sektoriellen Optik anzugehen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik vertritt aus einer Gesamtschau folgende Grundsätze und Strategien für eine nachhaltige Integration:

- **Selbstverantwortlichkeit postulieren – Leistung honorieren**
- **Gelegenheiten zur Integration schaffen**
- **Berufliche und soziale Integration fördern**
- **Mit der Wirtschaft kooperieren**
- **Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ erweitern**

### **Mit Investitionen in Integration nachhaltig Kosten senken**

Mit Lastenverschiebungen von einer Kasse zur anderen können keine Kosten gesenkt werden – im Gegenteil. Oberstes Ziel muss die berufliche oder soziale Integration von IV- bzw. Sozialhilfe Beziehenden sein. In der raschestmöglichen Ablösung aus den Sozialsystemen durch Integration – und nicht etwa durch Abschieben an ein anderes System – liegt ein grosses Sparpotenzial. Die Erreichung dieses Ziels kostet freilich zuerst einmal Geld:

- Für eine erfolgreiche Integration braucht es genügend und professionelles Personal.
- Und nur mit dem massiven Ausbau eines ausreichenden und differenzierten Angebots an beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen bestehen Chancen, das Ziel wenigstens für einen Teil der IV- und Sozialhilfe Beziehenden zu erreichen – und damit mittelfristig auch eine nachhaltige Kostensenkung.
- Gefordert sind auch klare Strukturen, Prozessabläufe und Verantwortlichkeiten.
- Mit diesem dringlichen Umbau verbunden sind auch neue, solidarische und übergreifende Finanzierungsmodelle. Die finanziellen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden sind beschränkt, erlauben kaum mehr – wenn auch nur mittelfristig – zusätzliche Ausbauschritte und stehen heute bereits am äussersten Limit.

### **Finanz- und sozialpolitische Perspektiven**

#### **Nein zu einem trügerischen Geschenk – Nein zum Steuerpaket**

Die Städteinitiative Sozialpolitik lehnte das Steuerpaket entschieden ab, wie es auch der Schweiz. Städteverband und viele andere Fachorganisationen taten. Das Volk lehnte in der Abstimmung vom Mai 2004 das Steuerpaket ab. Es hätte hohe Folgekosten auf kantonaler und kommunaler Ebene zur Folge gehabt.

**Die Herbstkonferenz** setzte sich mit finanz- und sozialpolitischen Perspektiven auseinander. P. Saurer, stv. Finanzverwalter, informierte über die finanzpolitischen Entwicklungen und Trends auf Bundesebene und stellte auch dar, welches die Folgen des Neuen Finanzausgleichs NFA sind.

Eine Podiumsdiskussion zwischen Maja Ingold, Sozialvorsteherin Winterthur, und Michael Hohn, Leiter Sozialamt Stadt Bern und Präsident der SKOS-Richtlinienkommission, setzte sich mit den revidierten **SKOS-Richtlinien** auseinander. Das Gespräch wurde von Präsident Ruedi Meier, Sozialdirektor Stadt Luzern, moderiert. Die neuen Richtlinien stellen einen gangbaren Weg dar, die Leistungen der wirtschaftlichen Sozialhilfe weiterhin gesamtschweizerisch zu steuern bzw. anzugleichen.

## **Familienpolitik**

Die Städteinitiative ist Mitglied der Perspektive Familienpolitik. Die Perspektive hat sich für die Ausweitung des Systems der Ergänzungsleistungen für Familien eingesetzt. Sie begrüsst auch die Schaffung des Bundesgesetzes für Familienzulagen, das eine Mindestzulage von Fr. 200.– pro Kind und Monat bzw. von Fr. 250.– als Ausbildungszulage im Sinne einer Harmonisierung unter den Kantonen vorsieht.

## **Konsolidierung Soziale Sicherheit – Schaffung eines runden Tisches**

Die Städteinitiative, Ruedi Meier, Präsident, Maja Ingold, Sozialvorsteherin Winterthur und Büromitglied, Silvia Zamora, Sozialvorsteherin Lausanne, und Frauke Sassnick Spohn, wissenschaftliche Mitarbeiterin Städteinitiative, konnten anlässlich einer Besprechung Bundesrat P. Couchepin und den Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen Y. Rossier für eine Gesamtschau Soziale Sicherheit im Bereich der Sozialversicherungen gewinnen. Herr Couchepin sicherte die Durchführung eines table ronde zu. Daran sollen Städte, Gemeinden, Arbeitgeberverbände und die Partner der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IV, ALV und Sozialhilfe) teilnehmen. Ziel ist die Weiterentwicklung und Koordination der verschiedenen Sozialversicherungen aus dem Blickwinkel der diversen Akteure, sowie ein stärkerer Einbezug bzw. eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

## **Sozialpolitische Sicht der Städte auf Bundesebene**

Die Städteinitiative Sozialpolitik wurde in die nationalrätliche und ständerätliche Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit eingeladen. Dabei konnten die Anliegen der Städte im Bereich der sozialen Sicherheit dargestellt und mit den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern diskutiert werden. Es ging auch um das Ernstnehmen des Städteartikels Art. 50 BV.

## **Asylpolitik**

Die Städteinitiative engagierte sich bei der Teilrevision des Asylgesetzes. Sie zeigte auf, dass sich die Ausländer- und Asylpolitik im Wesentlichen auf städtischem Gebiet abspielt und dass die Gemeinwesen nicht über die nötigen Mittel und Kompetenzen verfügen, um diese schwierigen Probleme angemessen lösen zu können, ohne tatkräftige Unterstützung des Bundes. Sie äusserte sich auch gegen die Ausweitung des Fürsorgestopps auf alle Personen mit einem negativen Entscheid. Auch die Praxis bei den Nichteintretensentscheiden wurde stark kritisiert. Die

Städteinitiative verlangte mit der Leitung des Bundesamtes für Flüchtlinge eine Besprechung, um den Verantwortlichen aufzeigen zu können, welches die anspruchsvolle Lage der Städte im Asylbereich ist. Diese Besprechung fand erst im Februar 2005 statt.

## **Organisation**

### **Neue Mitglieder**

Illnau-Effretikon ist neu der Städteinitiative beigetreten.

### **Vertretungen in anderen Organisationen**

Die Städteinitiative ist in den wichtigen sozialpolitischen Gremien vertreten:

- Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK), Vorstand: Ruedi Meier (Präsident Städteinitiative), Luzern
- SODK Beratende Kommission: Michael Hohn (Gruppe Leitende Angestellte Städteinitiative), Bern
- Perspektive Familienpolitik: Ruedi Meier, Luzern, und Frauke Sassnick Spohn, (wissenschaftliche Mitarbeiterin Geschäftsstelle Städteinitiative), Winterthur
- Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK), Tripartite technische Arbeitsgruppe „Sozialpolitik“, Walter Amelia, Zürich.